

**F**ür die Treuhandanstalt ist der Verkauf von Beteiligungsunternehmen an deren leitende Mitarbeiter „grundsätzlich eine erwünschte Privatisierungsalternative“. Das zumindest dokumentieren seit geraumer Zeit Äußerungen verschiedener Direktoriums-Mitglieder der Berliner Behörde. So erklärte deren Präsidentin, Birgit Breuel, erst vor kurzem im thüringischen Suhl, MBO sei eine „sehr gute zukunftsweisende Methode“.

Daher unterstützt ihre Anstalt die entsprechenden Vorhaben seit einiger Zeit auch aktiv: Seit Anfang März liegt bei Treuhand-Vorstand und Niederlassungsleitern ein Papier vor, anhand dessen sie in Zukunft MBO verstärkt fördern sollen.

Mit diesem „Orientierungsrahmen zur Veräußerung von Betriebsteilen an deren leitende Mitarbeiter“ soll nun – wie das Direktorium hofft – die Privatisierung der Ost-Wirtschaft noch schneller vorangehen als bisher.

Deshalb drängt die Treuhand auch darauf, die gesamten Unternehmensanteile zum selben Zeitpunkt zu verkaufen – auch beim MBO soll nichts mehr übrigbleiben von den alten Kombinatstrukturen.

## Treuhandanstalt: MBO verstärken

Damit jedoch kein böses Blut in den Betrieben entsteht, soll gleich von Anfang an darauf geachtet werden, so zumindest Frau Breuel, daß die Übernahme „von der Belegschaft toleriert“ wird. Damit deren Interessen auch nach der Privatisierung gewahrt bleiben, sind bei der Prüfung des Kaufantrags durch leitende Mitarbeiter – laut „Orientierungsrahmen“ – „neben dem Kaufpreis auch die Sicherung von Arbeitsplätzen, zusätzliche Investitionen sowie strukturelle Effekte ausschlaggebend“.

Dabei ist die Berliner Behörde in erster Linie daran interessiert, kleine und mittelständische Firmen an deren Management zu veräußern. Größere Betriebe eignen sich, laut Treuhand, nicht für MBO. So glaubt ein Mitarbeiter der Berliner Anstalts-Zentrale, der mit MBO befaßt ist, daß „bei maximal 200 Angestellten Schluß“ ist, „was größer ist, geht nicht mehr“.

Bei geeigneten Betrieben ist die Treuhand dann jedoch bereit, MBO gegen-

über anderen Sanierungskonzepten „vorrangig zu berücksichtigen“. Dabei legt sie großen Wert darauf, daß „angesichts des zu erwartenden Finanzierungsbedarfs Fremdkapitalgeber in den Gesellschafterkreis miteinbezogen werden müssen“, wie in dem „Orientierungsrahmen“ zu lesen ist.

Dort heißt es weiter, das Ziel dieser Form der Privatisierung sei es:

- „Wissen, Erfahrungen und Kontakte leitender Mitarbeiter für eine langfristige erfolgreiche Unternehmensentwicklung zu nutzen,
- die Motivation und Verantwortung der Mitarbeiter im und für das Unternehmen herauszubilden,
- die Bildung eines starken Mittelstandes in den neuen Bundesländern zu fördern und
- den Erwerb von Betrieben auch bei üblicherweise geringen Finanzierungsmöglichkeiten zu ermöglichen.“

*aus: Der Tagesspiegel (Berlin)*

## Bangemann: 1988 wird kein leichtes Jahr

*aus: Frankfurter Allgemeine*

Kritikern widersprochen / Die Lage des Kohlebergbaus und der Stahlindustrie / Breit fordert mehr Bonner Initiative

K. B. BONN, 28. Dezember. Für 1988 sagt Bundeswirtschaftsminister Bangemann voraus, daß es wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch kein leichtes Jahr werde. In einer am Montag veröffentlichten Erklärung zum Jahreswechsel weist der Wirtschaftsminister jedoch auch darauf hin, daß es trotz größerer Risiken und bei allen Sorgen, die Exporteuren und Investoren durch den Dollarkurs bereitet würden, auch im kommenden Jahr Wachstum geben werde. Das Bruttosozialprodukt werde im sechsten Jahr hintereinander wachsen. Die Preise blieben weiter stabil. Neue Steuersenkungen zu Jahresbeginn gaben der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zusätzlichen Auftrieb. Die Investitionen der Gemeinden würden durch besonders günstige Kreditkonditionen angeregt.

Für die konjunkturelle Stabilisierung sieht Bangemann auf diese Weise ausreichend vorgesorgt. Er werde die Nachfrage weiter aufmerksam verfolgen und, falls das notwendig werden sollte, ohne jeden hektischen Aktionismus Maßnahmen vor-

schlagen, durch die eine angemessene Wachstumsrate erzielt werden könne. Für noch wichtiger hält es der Wirtschaftsminister, daß unbeirrt an einer Politik seriöser und beweglicher Haushaltsführung festgehalten werde, und daß Vorschriften aufgehoben würden, die die deutsche Wirtschaft in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit behinderten.

Bangemann widersprach Kritikern, in der Vorausschau für die Konjunktur des Jahres 1988 schwarzzumalen. Für entscheidend hält es der Wirtschaftsminister, daß sich sowohl in der Bundesrepublik als auch international gemeinsame wirtschaftspolitische Verantwortlichkeit bewähre. Am Fall der Strukturanpassungen in der Kohle- und Stahlbranche zeige es sich, zu welchen ungewöhnlichen Anstrengungen Unternehmer, Gewerkschaften und Staat gemeinsam in der Lage seien, wenn es darauf ankomme, Maßnahmen zu vermeiden. Die Bundesregierung sei auch bereit, den Teil internationaler Verantwortung auf sich zu nehmen, den sie zu tragen habe. Sie erwarte das

aber auch von ihren Handelspartnern, vor allem von den Vereinigten Staaten.

Bangemann setzte sich auch mit kritischen Äußerungen aus Führungsetagen von Unternehmen auseinander. Deren Reaktionen empfand er als „sterile Aufgeregtheit“, durch die kein Vertrauen und erst recht kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen werden könne. Vertrauen erwerbe man nicht durch unbedachtes „Wühlen im wirtschaftspolitischen Instrumentenkasten“. Auch im kommenden Jahr müsse die Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik situationsgerecht fortgesetzt werden.

### Breit: Rauher Wind

DÜSSELDORF, 28. Dezember (dpa). Mit einem rauheren politischen Wind bei geringerem Wirtschaftswachstum als bislang erwartet rechnet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im kommenden Jahr. Wie DGB-Chef Breit in einem Gespräch mit dpa sagte, werde das Wirtschaftswachstum wohl unter einem Prozent bleiben. (Fortsetzung Seite 2.)

## FDP Starker Zirkel

Viele Bewerber für wenige Ämter – trotz vieler Anläufe sind sich die Liberalen nicht einig, wer in Kohls Kabinett einrücken darf.

**D**er FDP-Vorsitzende ließ nicht locker. Bei einem Spitzentreffen letzte Woche in seinem Bonner Privathaus legte Otto Graf Lambsdorff einen alten Vorschlag für das künftige Personaltableau abermals auf den Tisch. Der Vorstoß ging ins Leere.

Er sei durchaus bereit, erläuterte sein Gast Jürgen Möllemann dem Grafen, 1993 wie gewünscht für den Parteivorsitz zu kandidieren. Im anderen Punkt aber habe er abweichende Ziele, erklärte er klipp und klar: Nicht den Fraktionsvorsitz strebe er an, wie Lambsdorff es gern sähe, er möchte lieber Wirtschaftsminister werden.

*aus: Der Spiegel*